

WOCHENRÜCKBLICK



Wahl Kaufholds zur Richterin am Bundesverfassungsgericht schadet dem Gericht

Die Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht ist für den Donnerstag dieser Woche geplant, nachdem sie im Juli nicht stattfand. Mit Sigrid Emmenegger als Ersatz für die zurückgezogene Brosius-Gersdorf schickt die SPD eine unproblematische Personalie ins Rennen - wahlmöglich, um die Wahl der höchst umstrittenen Ann-Katrin Kaufhold nicht zu gefährden.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, stellt klar, dass man sich von dieser Taktik nicht täuschen lassen dürfe:

"Ann-Katrin Kaufhold steht für nahezu alles, was am Bundesverfassungsgericht nichts zu suchen hat. Ihre Ausführungen zu einer weltweiten ‚Systemaufsicht‘, die individuelle Freiheitsrechte ohne jede demokratische Legitimation einschränken kann, sind ein Frontalangriff auf jede freiheitliche Gesellschaft. Hinzu kommen ihre AfD-Verbotsphantasien, ein radikaler Klima-Aktivismus sowie ihre Offenheit für Enteignungen. Das macht sie zur ungeeignetsten und gefährlichsten der bisher vorgeschlagenen Kandidaten. Ihre Wahl - insbesondere durch CDU- und CSU-Abgeordnete - wäre ein Skandal und würde einmal mehr zeigen, dass auf die Union bei der Verteidigung konservativer Werte kein Verlass mehr ist."



Pressestatement

"Die AfD lehnt eine Erweiterung des Grundgesetzes hinsichtlich der Aufnahme der Kategorie "sexuelle Identität" in Art. 3 Abs. 3 entschieden ab. Es besteht bereits kein Regelungsbedarf, nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die jetzige Fassung völlig ausreichend und auch einfachgesetzliche Regelungen existieren. Das Grundgesetz immer weiter mit ideologischem Firlefanzen aufzublähen, entspricht nicht unserer Haltung. Zum anderen besteht die große Gefahr, dass die Ausweitung auf die "Sexuelle Identität" zur Ausurteilung unsinniger oder gar gefährlicher Sachverhalte genutzt wird und dem Bundesverfassungsgericht weitere Möglichkeiten gibt, seine Rechtsprechung so auszudehnen, wie es nicht gut ist."



Brandner in den Medien



Der Wahlausschuss des Bundestages hat die von der SPD nominierte Juristin Sigrid Emmenegger als Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen.
Quelle: WELT TV

AUTOPLAY

POLITIK SIGRID EMMENEGGER

Wahlausschuss nominiert neue SPD-Kandidatin für Verfassungsgericht

Der Bundestag entscheidet über drei neue Verfassungsrichter. SPD und Union wollen, dass die Abstimmung darüber am Donnerstag über die Bühne geht. Die nun nominierte Kandidatin ist eine Nachrückerin.

Stand: vor 5 Tagen | Kommentare: 120

Sexuelle Identität ins Grundgesetz – CDU-Ministerpräsidenten starten Vorstoß



Von Jan Alexander Casper
Redakteur Innenpolitik

Stand: 08:52 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Regenbogenflagge vor dem Reichstag

Quelle: picture alliance/Metodi Popow/M. Popow

Eine Initiative zur Aufnahme der „sexuellen Identität“ ins Grundgesetz führt zu einer polarisierten Debatte: Befürworter begrüßen einen längst überfälligen Schutz für queere Menschen. Gegner warnen jedoch vor unklaren Begriffen und rechtlichen Streitigkeiten.



Ordnungsrufe im Bundestag: O r d n u n g s r u f ! Warum es immer mehr werden

Für Ordnungsrufe sollen Bundestagsabgeordnete bald höhere Strafen zahlen. Wir zeigen Vorfälle im Video – und belegen mit Daten, dass es im Bundestag immer rauer zugeht.

Z DIE ZEIT / Sep 25



**STEPHAN
BRANDNER**

Aktuelle Videos



Wahlkampfabschluss in Kolkwitz



Rückblick auf die Plenarwoche, 23.9.25

Mit der Mehrheit aller Fraktionen mit Ausnahme der AfD hat der Bundestag am Dienstag die Tagesordnung der laufenden Haushaltswoche bestätigt. Grund für die Abstimmung war, dass die AfD der Aufsetzung des für Donnerstag vorgesehenen Tagesordnungspunkts „**Wahl von Richterinnen und eines Richters des Bundesverfassungsgerichts**“ **widersprochen** hatte.

Während der Geschäftsordnungsdebatte warf der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dr. Bernd **Baumann**, der Koalition vor, die **Richterwahlen „still und heimlich in einer Haushaltswoche unterzuschieben“**.

In der **Allgemeinen Finanzdebatte** zum **Bundeshaushaltsskizzenentwurf 2026** haben Redner der Opposition der Regierungskoalitionen mangelnde Transparenz und falsche Prioritätensetzung vorgeworfen.

Dr. Michael Ependiller (AfD) sagte, die Bürger könnten nicht nachvollziehen, was mit ihrem Geld geschehe. Aber die Bürger seien es, die am Ende die Rechnung bezahlen müssten. **Ependiller** verwies auf den Bundesrechnungshof, der der Bundesregierung vorgeworfen habe, strukturell über ihre Verhältnisse zu leben.

Einen Zuwachs um rund 800 Millionen Euro im Vergleich zu 2025 sieht der Etatentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit vor. Martin **Sichert** (AfD) warnte in der Debatte die Koalition davor, die freie Arztwahl einzuschränken und womöglich hohe Zuzahlungen zu beschließen. Mit einer solchen Regelung könnte der Besuch beim Facharzt zum „Luxusgut“ werden.



Rückblick auf die Plenarwoche, 24.9.25

Mit dem Einzelplan des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts für den Bundeshaushalt 2026 hat am Mittwoch die zweite **Generaldebatte** innerhalb von zwei Wochen auf der Tagesordnung des Bundestages gestanden.

Eröffnet wurde diese von Tino **Chrupalla**, Co-Vorsitzender der AfD-Fraktion. Dieser kritisierte, dass von den 630 Milliarden Euro an Ausgaben 174 Milliarden Euro über neue Schulden finanziert würden. „**Sie schütten das Füllhorn aus, ohne an den Begriff des Sparens überhaupt zu denken**“.

Außenminister Dr. Johann David **Wadephul** (CDU) macht sich für eine Aufstockung der Mittel für die humanitären Hilfen stark. „Ressourcen für Außenpolitik sind kein Luxus, sondern Investitionen in eine Welt, die stabiler, sicherer und friedlicher sein muss“, sagte Wadephul.

Stefan **Keuter** (AfD) beklagte eine „dreiste **Verweigerung** eines klaren **Wählerauftrages**“ zum **Sparen**. Millionen Euro würden „für dubiose Projekte im Ausland“ verschenkt – von der Müllbeseitigung in Gaza bis zu „Beduinenbeschäftigungsprogrammen auf dem Sinai“, sagte er. Hart ins Gericht ging Keuter mit dem Aufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte, in seinen Worten ein „**staatliches Schleuserprogramm**“. In Kabul würden 10.000 Euro gezahlt, um auf eine NGO-Aufnahmeliste „zu einer Rundum-Versorgung in Deutschland zu kommen“.

Der Bundestag hat am Mittwoch gut eineinhalb Stunden lang über den Etatvorschlag der Bundesregierung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung debattiert. Die Koalition wolle im Einzelplan 23 300 Millionen Euro sparen, sagte Mirco **Hanker** (AfD). „**Wir würden im Interesse der Steuerzahler Milliarden sparen**“.



Rückblick auf die Plenarwoche, 25.9.25

Der Bundestag hat seine viertägigen Etatberatungen am Donnerstagvormittag mit der Debatte über den Haushalt 2026 des **Bundesinnenministeriums** fortgesetzt.

Dr. Gottfried **Curio** (AfD) warf der Union vor, der „Türöffner“ für „Millionen oft gar nicht integrationswilliger Männer“ zu sein. Der Bürger habe jedoch „die Nase voll vom **Totalversagen** bei der Migration“. Zugleich kritisierte der AfD-Abgeordnete eine „immer weiter forcierte **Einbürgerung**“. Deutschland brauche „nicht möglichst viele neue Staatsbürger, sondern möglichst qualifizierte“.

Der Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Etatentwurf für das **Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** auseinandergesetzt. Für die AfD-Fraktion sprach Mirco Hanker von einem **systemrelevanten** Ministerium. Es sei Zeit, dass den hohen Ausgaben „endlich“ eine **bessere Justiz** folgt, „die spürbare Strafen schnell auf die oftmals menschenverachtenden Taten folgen lässt“, sagte Hanker mit Verweis auf die steigenden Zahlen bei Gewaltdelikten.

Mit dem Etatentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat sich das Parlament in erster Beratung befasst. Georg **Schroeter** (AfD) bezeichnete den Etat als den „**finanziellen Ausdruck einer Umweltpolitik, die sich von Wissenschaft und Vernunft verabschiedet hat**“. Diese basiere auf falschen Prämissen, wie dem menschengemachten Klimawandel, und habe Folgen, die der Steuerzahler „auszubaden“ habe. Statt die Milliarden für ideologische Projekte zu verschwenden, solle die Bundesregierung besser in „echten, **praktischen Umweltschutz**“ wie die Renaturierung von Flussufern, widerstandsfähige Wälder und saubere Gewässer investieren.

Der Bundestag hat am Donnerstag Prof. Dr. Günter Spinner, Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold und Dr. Sigrid Emmenegger zu Richtern am Bundesverfassungsgericht gewählt. Diese skandalöse Wahl kritisierte Stephan Brandner stark.



Rückblick auf die Plenarwoche, 25.9.25

Der Bundestag hat sich am Freitag auch mit dem Etatentwurf des Bundesministeriums für **Wirtschaft und Energie** beschäftigt. Leif-Erik Holm (AfD) kritisierte die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Der Bundeskanzler habe Änderungen versprochen, doch „es wurde Sommer, und auch im Herbst ist zu wenig passiert“. Seit Monaten gingen **Arbeitsplätze** in der Industrie und im Mittelstand verloren. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei „**zugrunde gerichtet worden**“.

Den Abschluss der Beratungen des Haushaltsentwurfes der Bundesregierung bildet die sogenannte **Schlussrunde** zum Haushaltsgesetz 2026 die einen Rückblick auf die in der Haushaltswoche stattgefundenen Beratungen bietet.

Stephan **Brandner** (AfD) sagte dazu: **Fest steht, dass Sie von den Altparteien in der letzten Zeit alles verbraten und verraten haben, wofür Deutschland jemals stand: Wachstum, wirtschaftliche Stärke, Sicherheit, Bildung, Innovation, Produktivität. Für Sie steht fest: Sie stehen für Stagnation, Schrumpfung, Inflation, Arbeitslosigkeit, ideologischen Klimamumpitz und Genderfirsefanz und jede Menge Schulden. In diesem Zusammenhang zitiere er Heinrich Hoffmann und seinem „Struwwelpeter“.**

Sein Fazit: Friederich hatte also übertrieben. Er hatte sich mit dem Falschen angelegt, mit der Alternative für Deutschland beispielsweise. Also, der Friederich, der bitterböse Friederich ist seinen Job los. Er hat es übertrieben mit der Bekämpfung der Opposition. Lassen wir die Wähler sprechen! Und die Opposition setzt sich dann an den Tisch und bringt das Land da hin, wohin es gehört, nämlich wieder an die Spitze, wirtschaftlich, was die innere Sicherheit angeht und auch was die Meinungspluralität angeht.



Unsere nächsten Termine



Ein neues Kapitel beginnt
BÜROÜBERGABE

Wir laden euch herzlich
zur Büroübergabe
von Stephan Brandner
an Stefan Schröder ein.

30.09. ab 18 Uhr
Bürgerbüro Sömmerda
Weißenseerstr. 8, 99610 Sömmerda

MIT DABEI
Torsten Czuppon

Stefan SCHRÖDER AfD
MITGLIED DES BUNDESTAGES



AfD-Kreisverband
Freyung-Grafenau
lädt ein zum
öffentlichen
Stammtisch

**BRANDNER
KOMMT!**

Nach Eppenschlag:
Zum Ober'n Wirt
am Samstag, den 04.10.2025,
ab 18:30 Uhr

AfD



Lena KOTRÉ MdL, Wahlkreisabgeordnete
Stephan BRANDNER MdB, stellv. Bundessprecher
Matthäus MIKOLASZEK Landratskandidat für den Barnim

Brandner kommt
zum Bürgerdialog
Dienstag, 25. November 2025
18:30 Uhr

16356, Ahrensfelde OT Blumberg
Stufensaal, Schloßstraße 7

AfD
Ortsverband Ahrensfelde



21. Oktober 2025

Sprechstunde
Gera

Stephan BRANDNER

Dienstag, 21. Oktober 2025

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD

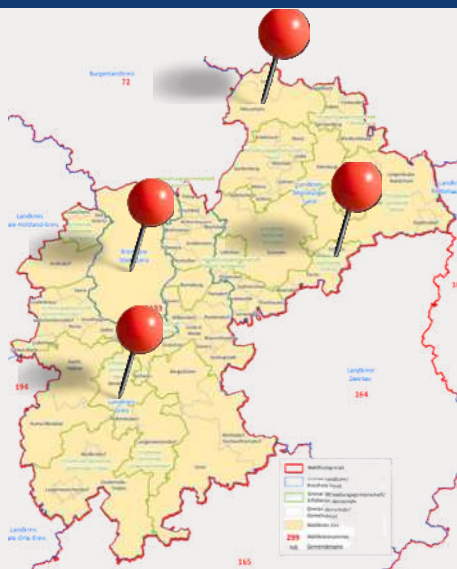


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

